


Ganztags zahlt sich aus

Alleinerziehende. Mehr Krippen- und Ganztagsplätze würden Alleinerziehenden und ihren Kindern Entlastung und handfeste Vorteile verschaffen. Auch für den Staat und die Gesellschaft rentiert sich der Ausbau der Ganztagsbetreuung. 

„Familie ist da, wo Kinder sind“, hat der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler mal gesagt. Statistisch betrachtet sieht das so aus: Es gibt in Deutschland 8,1 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern, von denen die meisten (72 Prozent) bei ihren verheirateten Eltern auf-

wachsen. Fast 20 Prozent der Jungen und Mädchen leben bei nur einem Elternteil und knapp 9 Prozent in anderen Lebensgemeinschaften wie etwa Patchwork-Familien.

Die Ein-Eltern-Familie ist jedoch auf dem Vormarsch. Gab es 1996 rund 1,3 Millionen Alleinerziehende

in Deutschland, leben heute bereits etwa 1,6 Millionen Frauen oder Männer allein mit ihren minderjährigen Kindern – wobei in neun von zehn Fällen die Mütter die Verantwortung stemmen.

Alleinerziehende stehen vor besonderen Herausforderungen. Viele springen permanent zwischen Kindererziehung, Haushalt und Arbeit hin und her. So arbeiten fast 60 Prozent der alleinerziehenden Mütter, 42 Prozent davon in Vollzeit. Allerdings spielt das Alter der Kinder eine große Rolle (Grafik):

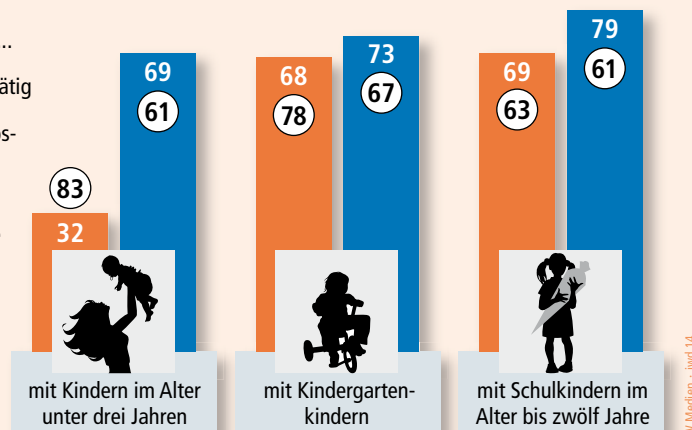
Je älter der Nachwuchs, desto mehr und länger gehen Alleinerziehende arbeiten.

Dabei würden viele Alleinerziehende gerne nicht nur früher in den Job einsteigen, sondern ihm auch mehr Zeit widmen, wenn es eine entsprechende Betreuung für die Kinder gäbe. Das zeigen Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Besonders stark ist dieser Effekt bei Alleinerziehenden mit unter dreijährigen Kindern: Bei ausreichenden →

Alleinerziehende: Was Kinderbetreuung bewirkt

So viel Prozent der Alleinerziehenden ...

- ... sind erwerbstätig
- ... wären erwerbstätig, wenn es eine Ganztagsbetreuung für alle Kinder gäbe
- davon in Teilzeit in Prozent



Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwd 14

Inhalt

Lohnpolitik.

Moderate Lohnzuwächse haben für mehr Jobs gesorgt und den Konsum angekurbelt.
Seite 3

Italien.

Sollte sich die Krise verschärfen, könnte der Staat auf die sehr hohen Privatvermögen seiner Bürger zurückgreifen.
Seite 4

Fachkräfteengpässe.

Besonders viel qualifiziertes Personal fehlt bei Jobs, die eine abgeschlossene Berufsausbildung erfordern.
Seite 5

Kommunale Haushalte.

Die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden ist besser als vermutet.
Seite 6

Standort Deutschland.

Viele Firmen kritisieren die starke umweltpolitische Regulierung.
Seite 7

Kreuzfahrten.

Urlaube auf See sind beliebter denn je – die Branche verzeichnet Umsatzrekorde.
Seite 8

Präsident:

Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen Wirtschaft Köln



→ Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten würde sich deren Beschäftigtenquote von 32 auf 69 Prozent mehr als verdoppeln. Auch die Zahl derer, die Vollzeit arbeiten gehen, nähme zu:

Bei einem flächendeckenden Angebot an Ganztagsbetreuung würde die Zahl der alleinerziehenden und Vollzeit arbeitenden Mütter mit Kindern zwischen einem und zwölf Jahren um mehr als 84.000 Personen steigen.

Die Zahl der Alleinerziehenden in Teilzeit würde sich um annähernd 26.000 erhöhen.

Vom längeren Kita-Besuch würde auch der Nachwuchs profitieren: Kinder, die bereits im Krippenalter betreut werden, dann einen Ganztagskindergarten besuchen und anschließend in der Grundschule von einer Ganztagsbetreuung profitieren, haben statistisch betrachtet bessere Chancen, den Übergang auf das Gymnasium zu schaffen, als Kinder, die mehr Zeit zu Hause verbringen. Aktuell gehen im Schnitt 36 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden auf ein Gymnasium. Bei Nutzung aller Betreuungsmöglichkeiten bis zur vierten Grundschulklasse würde sich dieser Anteil nach IW-Berechnungen auf 62 Prozent erhöhen.

Ein flächendeckendes Ganztagsangebot für den Nachwuchs Alleinerziehender kostet die öffentliche Hand zusätzlich 2,4 Milliarden Euro jährlich. Das ist viel Geld. Dennoch wäre es gut angelegt.

- **Höhere Einkommen.** Die finanzielle Situation der Alleinerziehenden würde sich verbessern, weil mehr von ihnen die Möglichkeit hätten, arbeiten zu gehen. Wirtschaftliche Armut ist bei alleinstehenden Eltern mit kleinen Kindern deutlich enger an die Beschäftigungssituation gekoppelt als bei Eltern mit Kindern in einer Partnerschaft (Grafik). So ist mehr als die Hälfte der nicht erwerbstätigen Alleinerziehenden von Armut bedroht, bei den Paarfamilien sind es nur 14 Prozent.

Eine Arbeit ist deshalb für Alleinerziehende der beste Schutz vor Bedürftigkeit:

Nur 5 Prozent der Alleinerziehenden mit einem Vollzeitjob sind armutsgefährdet.

- **Höhere Steuereinnahmen.** Wenn Alleinerziehende vermehrt arbeiten gehen könnten, ergäben sich zusätzliche Einnahmen für die öffentliche Hand in Höhe von 1,4 Milliarden Euro jährlich in Form von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

Außerdem müssten die Alleinerziehenden ihre Erwerbstätigkeit nicht mehr so lange bzw. so häufig wie bisher unterbrechen. Das steigert ebenfalls die Einkommen und würde dem Fiskus 2015 rund 80 Millionen Euro zusätzlich bescheren, 2025 sogar fast 350 Millionen Euro.

- **Geringere Sozialausgaben.** Aufgrund der verstärkten Erwerbsbeteiligung der Alleinerziehenden würden die an sie gezahlten Sozialleistungen sinken – pro Jahr könnten dadurch 440 Millionen Euro gespart werden.

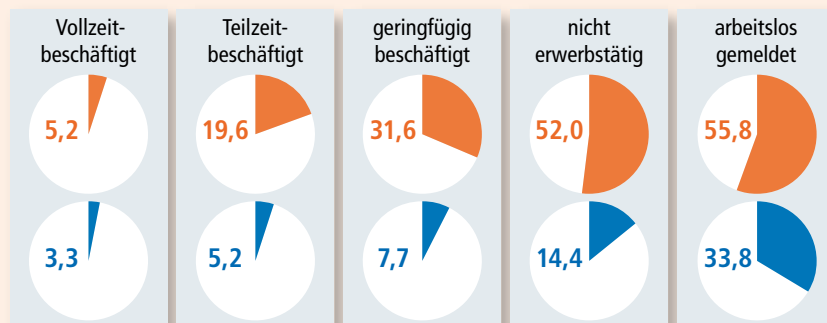
- **Sinkende Kosten für Nachqualifizierung.** Da die frühkindliche Förderung langfristig bessere Bildungslaufbahnen ermöglicht, müssten weniger Jugendliche teure Qualifizierungsprogramme durchlaufen. Ab 2020 ließen sich dadurch 300 Millionen Euro jährlich sparen.

Unterm Strich rechnet sich somit der Ausbau der Kinderbetreuung: Die kumulierten Mehrausgaben einer flächendeckenden Ganztagsbetreuung für Kinder von Alleinerziehenden werden voraussichtlich zwischen 2030 und 2035 durch die bis dahin aufgelaufenen zusätzlichen Steuereinnahmen bzw. niedrigeren Sozial- und Qualifizierungsausgaben gedeckt. Langfristig stünden den Kosten für den Ausbau der Kindertagesstätten und Ganztagschulen für den Nachwuchs von Alleinerziehenden sogar höhere staatliche Einnahmen gegenüber.

Alleinerziehende: Vollzeit schützt vor Armut

So viel Prozent eines Elternteils mit Kindern bis zu zwölf Jahren ist armutsgefährdet, wenn er ...

■ ... alleinerziehend ist ■ ... in einer Partnerschaft lebt



Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · Iwd 14




Gutachten

Christina Anger und andere: Gesamtwirtschaftliche Effekte einer Ganztagsbetreuung von Kindern von Alleinerziehenden, IW-Studie in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Deutschen Roten Kreuz

www.iwkoeln.de/gutachten

Neue Jobs kurbeln Konsum an

Lohnpolitik. Die moderaten Lohnzuwächse der vergangenen Jahre haben die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gestärkt und so für mehr Jobs gesorgt. Dies hat den privaten Konsum befördert. 

Die deutsche Lohnpolitik gerät immer wieder ins Kreuzfeuer der Kritik. Mancher aus- und inländische Politiker meint, die Lohnzurückhaltung führe letztlich dazu, dass deutsche Unternehmen mit zu billigen Exporten die ausländische Konkurrenz auf den internationalen Märkten verdrängen würden. Die hiesige Lohnpolitik sei demzufolge für die Außenhandelsdefizite vieler Länder mitverantwortlich. Zudem lähme das geringe Lohnwachstum hierzulande die private Konsumnachfrage und schmälere so die Absatzchancen ausländischer Anbieter auf dem deutschen Markt.

Tatsächlich hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands seit dem Jahr 2000 fast stetig verbessert. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten stiegen seither pro Jahr um rund 0,2 Prozent, während sie in den anderen Euroländern im Schnitt um 1,7 Prozent zulegten (vgl. iwD 3/2012).

Eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit muss aber nicht zwangsläufig mit einer schwachen Konsumnachfrage einhergehen. Diese wird nämlich nicht allein durch die direkte Lohnentwicklung, sondern auch mittelbar durch zwei weitere Faktoren beeinflusst:

1. Hoher Anteil an Industriebeschäftigten. In Deutschland arbeitet laut Arbeitskräfteerhebung jeder

Lohnentwicklung: Industrie zieht davon

Bruttolöhne je Stunde 2000 = 100



dritte Beschäftigte in der Industrie. Der Anteil ist damit um das 1,2-fache höher als in Frankreich und sogar um das 1,8-fache höher als im Vereinigten Königreich. Und Industrie-arbeitsplätze werden hierzulande gut bezahlt:

Im Durchschnitt liegt der Bruttojahresverdienst eines Vollzeitbeschäftigten in der Industrie um 6 Prozent höher als im Dienstleistungssektor.

Weil der Anteil der Vollzeitbeschäftigten in der Industrie zudem höher ist als im Dienstleistungssektor und Vollzeitbeschäftigte im Schnitt je Stunde mehr verdienen als Teilzeitbeschäftigte, vergrößert sich diese Differenz auf bis zu 25 Prozent. Ein hoher Industriebeschäftigtenanteil stabilisiert mithin die Konsumnachfrage.

Ein Blick auf die Lohndynamik der vergangenen zehn Jahre bestätigt dies (Grafik): Die Bruttostundenlöhne stiegen im Produzierenden Gewerbe um gut 26 Prozent, in den Dienstleistungsbereichen aber nur um 18 Prozent.

2. Beschäftigungsdynamik. Lohnzurückhaltung führt zu mehr Jobs. Mehr Jobs aber beflügeln den Konsum stärker als Lohnzuwächse. Eine Erhöhung des Reallohns um 1 Prozent hebt den privaten Konsum um 0,21 bis 0,31 Prozent an; eine Erhöhung der Beschäftigung um 1 Prozent steigert den Konsum dagegen um 0,35 bis 0,53 Prozent.

Statt über eine expansivere Lohnpolitik die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu gefährden und Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen, sollten die Tarifpartner alles dafür tun, die Beschäftigung zu sichern bzw. die Weichen für ein weiteres Jobwachstum zu stellen. Davon profitiert auch das Ausland – weil Deutschland mehr importiert.



aus IW-Trends
1/2012

Hagen Lesch: Lohnpolitik
im Spannungsfeld außenwirtschaftlicher
Ungleichgewichte und volatiler Konjunktur
www.iwkoeln.de/trends

Monti macht's

Italien. Auch wenn manche Reform noch in der Pipeline steckt und der Eifer nicht nachlassen darf – Italien ist auf einem guten Weg, sich aus der Krise zu befreien. Im Ernstfall hätte der italienische Staat sogar noch ein Ass im Ärmel – die sehr hohen Privatvermögen seiner Bürger.

Rekordzinsen, eine drohende Rezession – es ist gerade einmal drei Monate her, da stimmten manche Medien und Finanzmarkt-Akteure den Abgesang auf Italien an. Mittlerweile sind jedoch viel freundlichere Töne zu hören. Die Liste der angegangenen Reformen ist lang und eindrucksvoll. Das ist vor allem Mario Monti zu verdanken, dem Chef der bis 2013 amtierenden Übergangsregierung.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen setzt zum einen auf der Aus-

gabenseite an: So bekommen die Provinzregierungen weniger Geld, die Renten sinken. Um zum anderen höhere Einnahmen in die Staatskasse zu spülen, wurden etwa die Mehrwertsteuer und Abgaben für Wohlhabende erhöht, zum Beispiel auf Immobilien und Luxusgüter.

Zudem lässt der Premierminister die Finanzämter stärker durchgreifen, wenn es um Steuerhinterziehung geht – das beginnt bei Quittungen in Cafés und Restaurants und geht weiter mit der Kontrolle der Besitzer von Luxusautos. Nach einer Verkehrskontrolle wird nun kurzerhand auch mal die Steuererklärung unter die Lupe genommen.

Und das Wichtigste: Eine nationale Schuldenbremse ist bereits so gut wie in der Verfassung verankert, es fehlt nur noch eine letzte Abstimmung. Die Schuldenbremse ver-

pflichtet auch künftige Regierungen, mittelfristig einen ausgeglichenen öffentlichen Haushalt zu erreichen.

Doch Monti will nicht nur sparen, sondern zugleich für mehr Wachstum sorgen. Dazu setzt er etwa auf Infrastrukturprojekte sowie auf Steuererleichterungen für Unternehmen, wenn sie Frauen und junge Menschen einstellen. Darüber hinaus stehen den Italienern zahlreiche Liberalisierungen ins Haus – von längeren Ladenöffnungszeiten über mehr Wettbewerb in freien Berufen bis hin zu einem weniger strikten Kündigungsschutz. Hier müssen den Worten aber auch entschiedene Taten folgen.

Die Finanzmärkte haben die Kursänderung der Regierung in Rom bereits belohnt:

Die Zinsen auf zehnjährige italienische Staatsanleihen sind kräftig gesunken – von zwischenzeitlich mehr als 7 Prozent Ende 2011 auf zuletzt um die 5 Prozent.

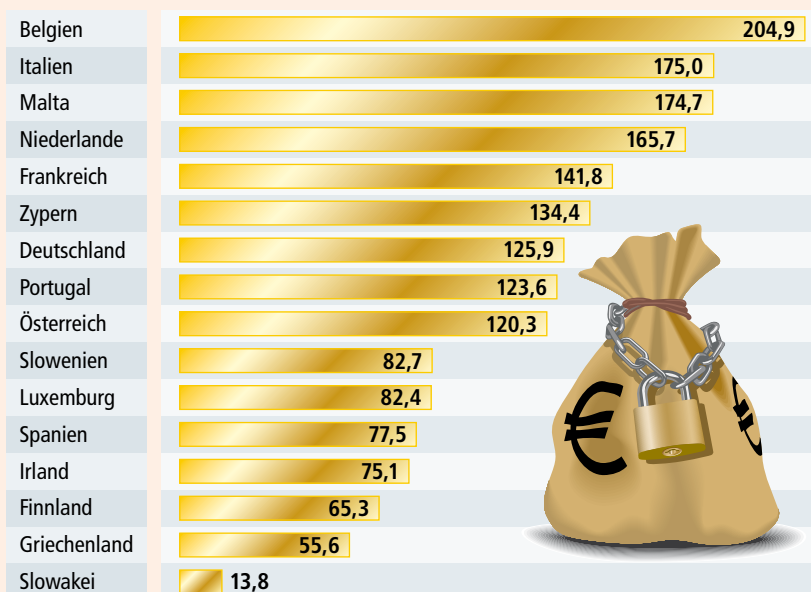
Selbst wenn es wieder abwärts gehen sollte mit Bella Italia, gäbe es noch eine Reißleine. Denn die Italiener haben ein sehr hohes Privatvermögen, mit dem sie zur Not ihrem Staat aus der Misere helfen könnten (Grafik):

Das italienische Privatvermögen summierte sich 2010 auf 175 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Darauf könnte der italienische Staat im Fall der Fälle mit Vermögensabgaben oder niedrig verzinsten Zwangsanleihen zugreifen. Auf diese Weise würde er die Staatsschuld stärker weg vom Ausland und den heimischen Banken auf die Vermögenden des Landes verlagern.

Italien: Viel Geld auf der hohen Kante

Privates Nettogeldvermögen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2010



Privates Nettogeldvermögen: ergibt sich aus der Differenz von Forderungen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte und privaten Organisationen; Quelle: Eurostat

Auch beruflich Qualifizierte sind rar

Fachkräfteengpässe. Die Ingenieur-lücke kennt wohl mittlerweile fast jeder Zeitungsleser, denn wenn es um den Mangel an klugen Köpfen geht, stehen in der öffentlichen Diskussion die akademischen Berufe im Vordergrund. Zahlenmäßig noch bedeutender sind jedoch die Engpässe bei Jobs, für die eine abgeschlossene Berufsausbildung nötig ist. Besonders davon betroffen sind kleine und mittlere Unternehmen.

Zwischen 30 und 40 Prozent der kleinen und mittleren Betriebe haben hierzulande große Probleme bei der Suche nach geeigneten Mitarbeitern, wie der Qualifizierungsmonitor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigt.

Von einem Engpass in einem Beruf spricht man, wenn auf eine offene Stelle höchstens drei statistisch erfasste Arbeitslose kommen – der Grund: Der Bundesagentur für Arbeit wird nur etwa jede dritte offene Stelle tatsächlich gemeldet.

Nach dieser Definition gibt es derzeit acht Engpassberufe für Akademiker und sogar 46 für beruflich Qualifizierte.

Letztere fehlen vor allem in gewerblich-technischen Jobs (Grafik). In den zehn Berufen mit den größten Engpässen kommt jeweils weniger als ein Arbeitsloser auf einen freien Arbeitsplatz.

So stehen etwa 100 gemeldeten Stellen für Elektroinstallateure und Elektromonteur lediglich 41 Arbeitslose gegenüber.

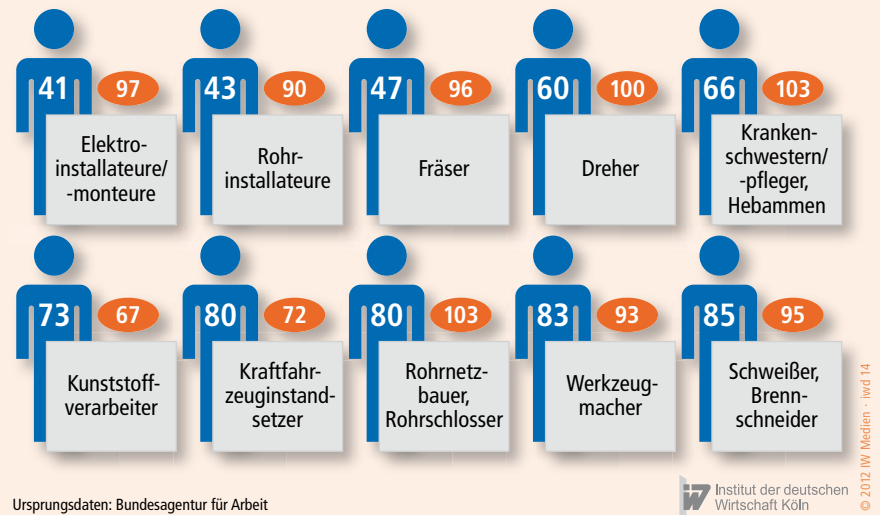
Auch die Zeit, die es durchschnittlich dauert, bis eine offene Stelle wieder besetzt ist, liegt in dieser Berufsgruppe mit 97 Tagen deutlich

Wo die meisten Fachkräfte fehlen

Berufe für beruflich Qualifizierte mit mindestens 1.000 Arbeitslosen im November 2011

■ Arbeitslose je 100 gemeldete offene Stellen

■ So viele Tage blieb eine offene Stelle im Schnitt unbesetzt



über dem Durchschnitt – im Mittel dauert es 70 Tage, um einen neuen geeigneten Mitarbeiter zu finden.

Die lange Suche macht vor allem kleinen und mittleren Unternehmen zu schaffen – denn in diesen Betrieben sind die gewerblich-technischen Engpassberufe besonders stark vertreten.

Rund 70 Prozent der Elektroinstallateure und Elektromonteur und sogar 92 Prozent der Rohrinstallateure arbeiten in Unternehmen mit bis zu 249 Beschäftigten.

Gegenüber großen Betrieben haben die kleineren Firmen ohnehin schlechtere Karten beim Werben um gute Fachkräfte – Großunternehmen können die klugen Köpfe beispielsweise oftmals mit höheren Löhnen locken.

Doch nicht nur der Installateurmeister um die Ecke bekommt den Fachkräfteengpass zu spüren, sondern auch Krankenhäuser, Senioren- und Pflegeheime sowie nieder-

gelassene Ärzte. Denn im Gesundheitssektor fehlt ebenfalls qualifiziertes Personal, vor allem bei den Krankenschwestern, Pflegern und ähnlichen Berufen. Dies ist angesichts des demografischen Wandels problematisch, schließlich wird es künftig immer mehr ältere, pflegebedürftige Menschen geben.

Hilfe für die Kleinen

Um im Wettbewerb um gut qualifizierte Fachkräfte eine bessere Ausgangsposition zu bekommen, müssen kleine und mittlere Unternehmen ihre Personalarbeit strategisch ausrichten – das reicht von der Anwerbung der neuen Mitarbeiter über die Weiterqualifizierung bis hin zur Bindung ans Unternehmen. Unterstützung dabei bietet eine Website des Bundeswirtschaftsministeriums, www.kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de. Neben Daten zur Fachkräftesituation finden Personaler hier Handlungsempfehlungen für die Personalarbeit sowie nachahmenswerte Praxisbeispiele.

In besserer Verfassung

Kommunale Haushalte. Städte und Gemeinden haben seit der Wiedervereinigung in ihren Haushalten insgesamt 54 Milliarden Euro Miese gemacht. Rechnet man jedoch Vermögensveränderungen – wie sie etwa durch städtische Betriebe entstehen – hinzu, wendet sich das Blatt und es bleibt ein stattlicher Überschuss.

Wer ein Haus kauft, hat danach meist ein leeres Bankkonto oder sogar Schulden. Doch dem Minus steht der Wert der Immobilie gegenüber. Ähnlich ist es mit den kommunalen Haushalten: Fast alle sind chronisch klamm, doch bei genauerem Hinsehen gibt es einiges an Vermögen. Dies liegt an unterschiedlichen Rechenmethoden (Grafik):

Die **Finanzstatistik** erfasst die Haushaltsrechnungen der Kommunen. Dabei werden lediglich die Einnahmen – also etwa Einnahmen aus Gebühren und Steuern – den Auszahlungen für Beschäftigte oder Schwimmbäder gegenübergestellt.

Die **Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR)** beziehen auch die Vermögensänderungen in den Haus-

halt ein; damit werden z.B. Investitionen der Kommunen in ihre Betriebe als zusätzliches Vermögen mitgezählt. Das Statistische Bundesamt ermittelt so das Defizit der Gebietskörperschaften.

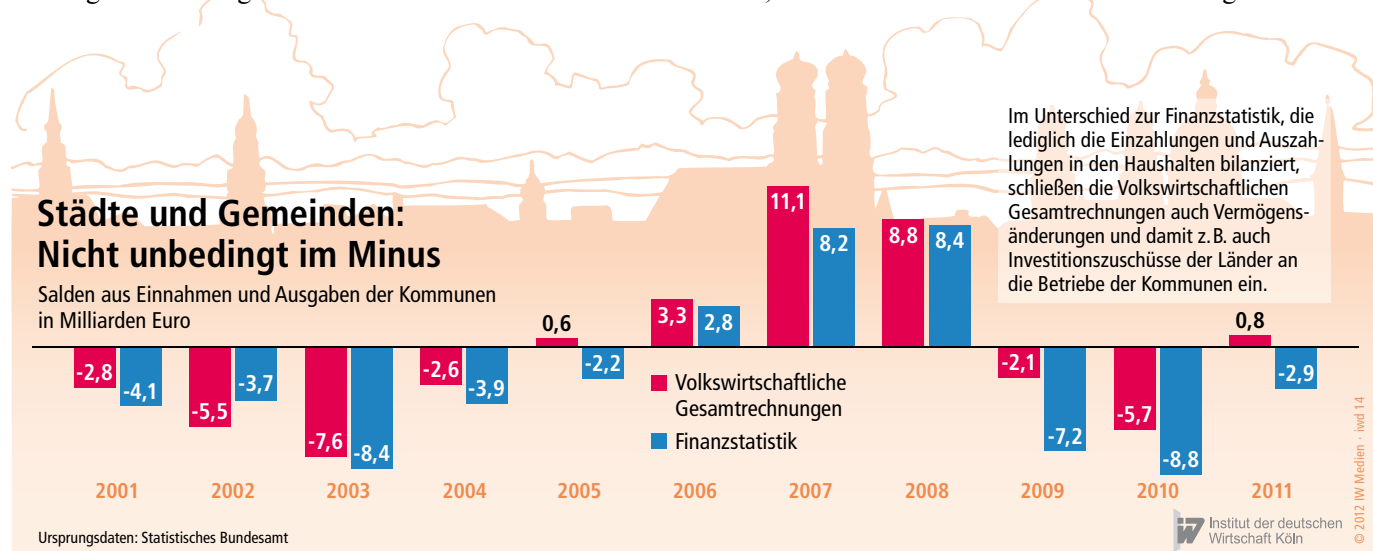
Die VGR berücksichtigen darüber hinaus noch sogenannte Sondervermögen und Sonderrechnungen. Dazu zählen z.B. Eigenbetriebe wie die städtischen Wasserversorger, kommunale Krankenhäuser oder Verkehrsbetriebe. Solche – zumeist großen – Vermögen oder Betriebe haben eine eigenständige Buchführung und erscheinen deshalb nicht im Haushalt einer Kommune. Trotzdem gehören sie rechtlich uneingeschränkt der Gemeinde oder Stadt.

Wegen dieser Unterschiede weichen die Finanzierungssalden in der Finanzstatistik und den VGR stark voneinander ab. Ein Beispiel: Verkauft eine Kommune ihre Stadtwerke, sinkt zwar das Defizit in der Finanzstatistik, nicht aber in den VGR, denn das Vermögen bleibt konstant. Erhält die Kommune Zuschüsse für ihre Verkehrsbetriebe, sinkt lediglich ihr Defizit in den VGR; für die Fi-

nanzstatistik existiert der Betrieb sozusagen nicht. Allein von 2006 bis 2010 haben die Kommunen aber Investitionszuschüsse in Höhe von insgesamt 14,5 Milliarden Euro für ihre Sondervermögen erhalten.

Seit 1991 hat sich die Differenz zwischen den Finanzierungssalden der Finanzstatistik und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf 60 Milliarden Euro summiert – den VGR zufolge haben die Gemeinden in diesem Zeitraum einen Überschuss von 6 Milliarden Euro erzielt.

Zwar nutzen die Vermögen wenig, wenn Kindergärten oder Büchereien finanziert werden müssen – schließlich kann man sie nicht jederzeit flüssig machen. Gleichwohl sind die Kommunen keinesfalls pleite, sondern erzielen etwa aus den Versorgungsbetrieben erhebliche Einnahmen und bauen so Vermögen auf. Dieses mag zwar zwischen den Städten und Gemeinden sehr ungleich verteilt sein. Dann sollten sie aber die Verteilungsschlüssel für den kommunalen Finanzausgleich ändern, anstatt mehr Geld vom Bund oder von den Ländern zu verlangen.



Zwiespältige Rolle der Politik

Standort Deutschland. Wie Unternehmen einen Standort bewerten, hängt nicht nur von den Arbeitskosten oder der verfügbaren Infrastruktur ab, sondern auch von Umweltaspekten. Viele Firmen begrüßen es, dass das Thema Ökologie bei Mitarbeitern und Kunden in Deutschland einen hohen Stellenwert hat. Die relativ starke umweltpolitische Regulierung wird von der Mehrheit der Unternehmen jedoch kritisch gesehen.

Um genau herauszufinden, wie die Unternehmen die Bedeutung umweltbezogener Faktoren für ihre Wettbewerbsfähigkeit einschätzen, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Januar dieses Jahres 181 Fachleute befragt.

Der größte Pluspunkt ist demnach die eigene Belegschaft (Grafik):

Rund 90 Prozent der Experten sehen im Umweltbewusstsein der Mitarbeiter einen Standortvorteil.

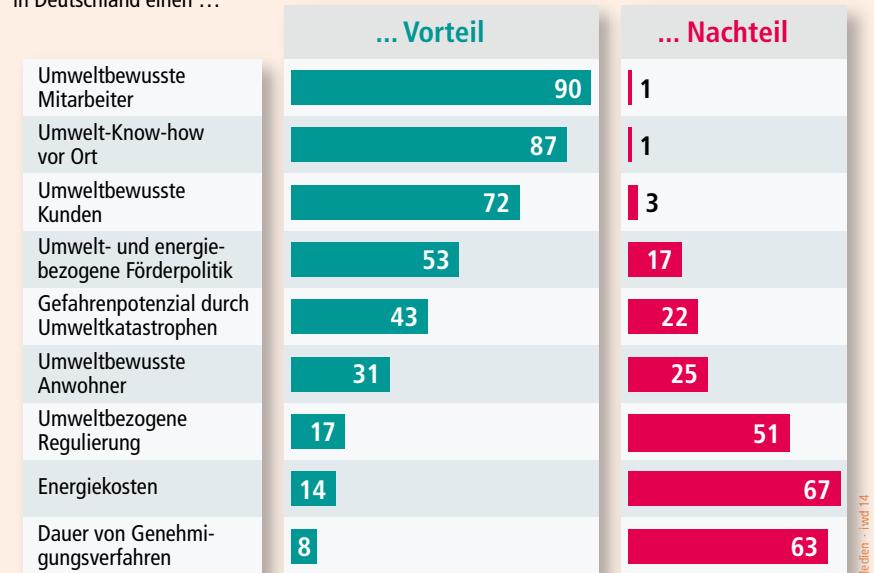
Der Grund liegt nahe: Eine Firma beispielsweise, die den Energieverbrauch in der Produktion senken will, wird dieses Ziel umso leichter erreichen, je besser die Beschäftigten mitziehen.

Den Unternehmen kommt dabei nach eigenem Bekunden auch das große Umwelt-Know-how zugute, über das zum Beispiel deutsche Ingenieure verfügen.

Sieben von zehn befragten Umweltexperten heben positiv hervor, dass die hiesigen Kunden den Einsatz der Unternehmen für ökologische Belange honorieren. So achten die Verbraucher stark auf Umweltsiegel – und kaufen bei gleichem Preis bevorzugt die Produkte jener

Standort Deutschland: Umweltbewusstsein ist ein Pluspunkt

So viel Prozent der Umweltexperten sehen in diesen Aspekten für ihre Standorte in Deutschland einen ...



Rest zu 100: neutrale Bewertung; Befragung von 181 Umweltexperten aus der Wirtschaft im Januar 2012; Quelle: IW-Umweltexpertenpanel

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien | Iwd 14

Firmen, die die entsprechenden Standards erfüllen.

Geteilter Meinung sind die Experten dagegen, wenn es um die Rolle des Staates geht. Auf der einen Seite stellt etwas mehr als die Hälfte der Befragten der staatlichen Förderpolitik im Umwelt- und Energiebereich ein gutes Zeugnis aus. Die öffentliche Hand hat verschiedene Programme aufgelegt, um Umwelttechnologien am Markt einzuführen – ein prominentes Beispiel hierfür ist die umstrittene Förderung der Solarenergie.

Zudem unterstützt der Staat die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb. So treibt die Politik die Elektromobilität voran und hilft damit den hiesigen Automobilbauern, mit innovativen, umweltschonenden Fahrzeugen neue Exporterfolge zu erzielen.

Auf der anderen Seite fühlt sich die Wirtschaft durch die staatliche Umweltbürokratie beeinträchtigt:

Mit 63 Prozent hält eine deutliche Mehrheit der befragten Umweltexperten die relativ lange Dauer umweltbezogener Genehmigungsverfahren in Deutschland für einen klaren Standortnachteil.

Dabei dürften die Unternehmen vor allem Verkehrsprojekte im Blick haben, deren Realisierung sich hierzulande oft über viele Jahre hinzieht. Ein leistungsfähiges Verkehrsnetz ist jedoch für die Logistik der Firmen unabdingbar.

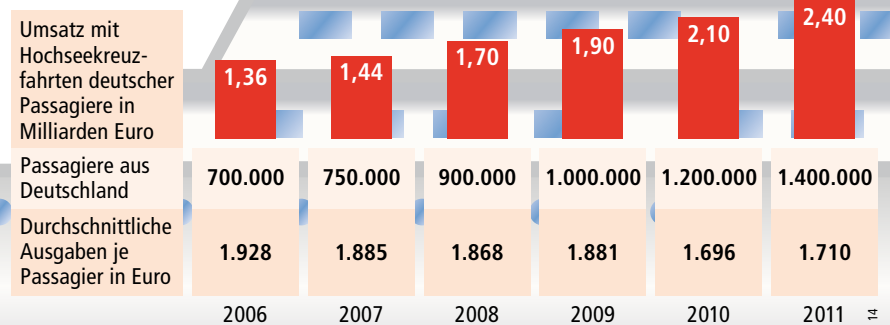
Auf Kritik stößt auch, dass von der Europäischen Union erlassene Umwelt-Richtlinien hierzulande oft strenger umgesetzt werden als in anderen EU-Ländern – etwa wenn es um das Recyceln von und den Umgang mit Sonderabfällen geht.

Mehr Meer

Kreuzfahrten. Urlaube auf See sind beliebter denn je – die deutsche Kreuzfahrtbranche ist in den vergangenen Jahren von Umsatzrekord zu Umsatzrekord geschippert. Das wachsende Angebot macht Schiffsreisen auch für Normalverdiener erschwinglich.

Am 15. April 1912 sank mit der Titanic das zur damaligen Zeit zweitgrößte Schiff der Welt – fast genau 100 Jahre später stand die Havarie der Costa Concordia auf allen Titelseiten. Doch auch das jüngste Unglück und alle Diskussionen über Sicherheitsprobleme und Kapitänfehler dürften am Boom der Kreuzfahrtbranche (Kasten) auf längere Sicht kaum etwas ändern. Das gegenwärtig größte Kreuzfahrtschiff, die Allure of the Seas, ist 361 Meter lang – fast 100 Meter länger als die Titanic –, 66 Meter breit und bietet 5.400 Passagieren Platz. Da auch die Zahl der schwimmenden Städte stetig gestiegen ist, hat sich weltweit

Kreuzfahrten: Umsätze rauf, Preise runter



Quelle: Deutscher Reiseverband

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln
© 2012
iw Medien - iwd 14

zwischen 1990 und 2010 die Zahl aller Kojen auf den Kreuzfahrtschiffen mehr als verdreifacht – auf über 400.000. Der Umsatz ist entsprechend gewachsen (Grafik):

Allein die deutschen Passagiere, die auf Hochseekreuzfahrt gingen, bescherten der Branche im Jahr 2011 Einnahmen von rund 2,4 Milliarden Euro – gegenüber knapp 1,4 Milliarden Euro fünf Jahre zuvor.

Kreuzfahrten sind die am schnellsten wachsende Sparte im Tourismus. Für die Urlauber bedeutet dies sinkende Preise. Entsprechend waren 2010 bereits 1,2 Millionen Passagiere aus Deutschland auf den Weltmeeren unterwegs. Damit belegten die Bundesbürger in Europa hinter den Briten (1,6 Millionen Passagiere) und vor den Italienern (890.000) Rang zwei.

Adressaufkleber

Vom Linienverkehr zur Kreuzfahrt

Bis weit ins 20. Jahrhundert waren Passagierschiffe vornehmlich im Linienverkehr unterwegs – auf der Route über den Atlantik reisten vor allem Auswanderer aus Europa, die ihr Glück in Amerika suchten. Allerdings waren die Überfahrten im Winter gefährlich, sodass zu wenige Tickets verkauft wurden und die Schiffe ungenutzt im Hafen blieben. Schon 1891 hatte Albert Ballin, Direktor der Hapag-Reederei, daher die Idee, stattdessen

Vergnügungsreisen z.B. in den Orient anzubieten.

Zunächst waren diese Kreuzfahrten nur den sehr Wohlhabenden vorbehalten. Doch als etwa ab den 1960er Jahren das Passagierflugzeug den Linienschiffsverkehr zunehmend unrentabel machte, griffen immer mehr Reedereien auf Ballins Konzept zurück. Damit wurde aus dem elitären Kreuzfahrterlebnis ein Urlaubsangebot für große Teile der Bevölkerung.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich),
Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann,
Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistent: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.